57 Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 587

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Mittwoch, 12. Dezember 1928

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Attentatsplan gegen Amerikas künftigen Präsidenten.

Verschwörung gegen Hoover?

Ein angeblicher Anschlag von Freunden Saccos und Vanzettis.

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

BUENOS AIRES, 12. Dezember.

Die argentinische Polizei ist einer Verschwörung gegen das Leben des künftigen amerikanischen Präsidenten Hoover auf die Spur gekommen, der heute aus Chile in Buenos Aires eintrifft. Im Zusammenhang mit den zu ergreifenden Sicherheitsmassnahmen hat sich der Chef der Polizei, Graneros, mit der argentinischen Regierung in Verbindung gesetzt. Einzelheiten der Verschwörung wurden nicht bekanntgegeben, um unnötige Aufregung zu vermeiden.

BUENOS AIRES, 12. Dezember. (W. T. B.)

Präsident Irigoyen veröffentlichte eine Erklärung, in der es heisst, geheime Nachforschungen der Polizei hätten in einem Hause in der Estomba-Strasse zur Auffindung von vier Handgranaten, zwei zylindrischen Bomben, einer viereckigen Bombe und ferner einer Menge von Dynamit, Revolvern, automatischen Pistolen und Munition geführt. Die Polizei gibt an, sie hätte bei dieser Haussuchung ferner einen ausgearbeiteten Plan der Eisenbahnlinien gefunden und glaube, die Verschwörer hätten geplant, unmittelbar vor der Ankunft Hoovers, die am Donnerstag nachmittag zu erwarten ist, Bomben auf den Schienenweg zu legen. Zwei junge Männer wurden verhaftet. Es wird ferner angegeben, dass 1500 Mann der Garde abkommandiert werden, um einen besonderen Dienst zur Sicherheit Hoovers auszuüben. Die Polizei hat schon seit einigen Tagen als Gegner der Vereinigten Staaten bekannte Personen überwacht, besonders diejenigen, die bei früheren Demonstrationen hervorgetreten waren, so besonders bei den Kundgebungen gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti und gegen die Intervention der Vereinigten Staaten in Nikaragua. Seit dem Bombenanschlag auf die hiesige Filiale der National City Bank of New York am Heiligen Abend vergangenen Jahres, bei dem zwei Personen getötet wurden, hat die Polizei in ihren Bemühungen zum Schutze der amerikanischen Botschaft und des Besitzes von Amerikanern nicht nachgelassen.

*

Die argentinische Hauptstadt ist ein altes Anarchistennest, in der von jeher die Unzufriedenen aus aller Welt zusammenströmen und der Polizei durch geheime Konventikel wie offene Demonstrationen und hin und wieder auch Gewalttaten viel zu schaffen machen. Die Auffindung und auch die Explosion von Bomben ist dort nichts Seltenes, und da die Polizei angesichts der bevorstehenden Ankunft Herbert Hoovers ihre Wachsamkeit verdoppelt hat, wird sie von den gemachten Funden kaum sehr überrascht sein. Es fehlen aber noch Einzelheiten, durch welche die Vermutung, dass eine Verschwörung gegen das Leben Hoovers geplant gewesen, positiv bestätigt würde. Einen solchen Zusammenhang zu kombinieren, liegt allerdings darum nahe, weil seit der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti und dem amerikanischen Vorgehen in Nikaragua die Erregung in den Kreisen der argentinischen Extremen gegen die Vereinigten Staaten ausserordentlich gestiegen ist. Die Verstimmung über deren Politik in Mittelamerika ist aber auch bei den gemässigten Parteien in Lateinamerika vielfach hervorgetreten und mit eine Hauptveranlassung zu der Versöhnungsreise des kommenden Präsidenten gewesen.

Litauenkonflikt vor dem Rat.

Woldemaras und Zaleski sprechen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

LUGANO, 12. Dezember.

Die heutige Vormittagssitzung des Rats brachte eine neue Etappe in der langjährigen Behandlung des polnisch-litauischen Gegensatzes. Es handelte sich um den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen Warschau und Kowno. Der Berichterstatter ist der Spanier Quinones de Léon. Woldemaras nimmt, als der Gegenstand aufgerufen wird, an der Ratstafel Platz, wie immer mit einer dicken Aktenmappe von Material ausgerüstet.

Zur Sache sei zunächst bemerkt: Der Rat hatte bekanntlich im September grundsätzlich beschlossen, dass, wenn die direkten Verhandlungen zwischen den beiden Parteien keinen beträchtlichen Fortschritt machten, der Rat den abnormen Stand der Dinge nicht auf unbestimmte Zeit dauern lassen werde, da er auch die Interessen dritter Parteien schädigen könne. Wenn dieser Fall eintrete, werde der Rat durch Sachverständige die Frage praktischer Massregeln untersuchen lassen. Inzwischen haben die direkten Verhandlungen stattgefunden, zu denen der Rat in seiner Resolution vom Dezember 1926 mit der Klausel aufgefordert hatte, dass diejenigen Fragen dabei nicht berührt würden, über die zwisäen beiden Regierungen Meinungsverschiedenheiten bestehen (d. h. die Wilna-Frage). Auf der Königsberger Konferenz wurde bekanntlich ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr erzielt. Bei den Verhandlungen über die Wiederherstellung des direkten Eisenbahn- und Postverkehrs bildete bereits die Wilna-Frage ein Hindernis, da nach litauischer Auffassung die Zulassung des direkten Verkehrs den Verzicht Litauens auf Wilna bedeuten würde. Auch die Regelung des zurzeit über Danzig, Ostpreussen und Lettland gehenden Warenverkehrs stösst auf das gleiche Hindernis. Die litauische Regierung vertritt taktisch den Standpunkt, dass die bisherigen direkten Verhandlungen durchaus beachtenswerte Resultate ergeben und die Kriegsgefahr beseitigt hätten und weiterzuführen seien. Litauen wünscht, dass der Völkerbund sich jetzt nicht mehr einschalte, da er ja die Wilna Frage nicht im Sinne der litauischen Forderungen lösen würde. Im Gegensatz hierzu vertritt Polen den Standpunkt, dass die bisherigen Verhandlungen einen Fehlschlag bedeuteten und wünscht ein stärkeres Eingreifen des Völkerbundes. Darin besteht jetzt der Gegensatz.

Die heutige Aussprache wurde von Woldemaras mit einer seiner gewohnten langen Darlegungen eingeleitet. Er ging noch einmal auf die grundsätzlichen juristischen und historischen Seiten des Streites ein und betonte, Polen müsse eine loyale Politik betreiben. Man sei durch die Verhandlungen an einem Wendepunkt angelangt, aber eine endgültige Lösung sei in diesem Augenblick nicht möglich, namentlich nicht auf dem Gebiete des Wirtschaftsverkehrs. Das erzielte Abkommen bedeute schon eine grosse Erleichterung. Woldemaras besprach sodann die Frage des direkten Eisenbahn- und Warenverkehrs und zeigte unter allgemeiner Heiterkeit der Versammlung Briefumschläge mit deutschem Firmenaufdruck vor, in denen polnische Propagandakarten mit Karikaturen und entsprechendem Text über das deutsche Gebiet an litauische Lehrer geschickt worden seien. Die polnische Regierung habe politische Gründe, die bisherigen Verhandlungen als Fehlschlag zu erklären.

Der polnische Aussenminister Zaleski erwiderte darauf, Woldemaras schreibe Polen Absichten zu, die es nie gehabt habe. Keine Partei in Polen wolle eine Erweiterung der polnischen Grenze, wie Woldemaras behaupte. Die polnische Politik ruhe auf zwei Säulen, der Friedenserhaltung und strikter Einhaltung der Verträge. Das Vorgehen des Rates habe sehr gute Resultate gezeitigt. Aber das Königsberger Abkommen über den kleinen Grenzverkehr könne man nicht als einen grossen Fortschritt bezeichnen. Nach einjährigen Verhandlungen habe Litauen seinen passiven Widerstand noch nicht aufgegeben. Aus diesem Grunde halte er nunmehr den Augenblick für gekommen, dass der Rat nunmehr den in seiner Resolution vom Dezember 1926 angekündigten Schritt tun und eine Mitwirkung der Organe des Völkerbundes in der Frage herbeiführen müsse. Die Verhandlungen werden morgen vormittag fortgesetzt werden.

St. ROM, 12. Dezember.

Schon die letzten aussenpolitischen Erklärungen Mussolinis deuteten darauf hin, dass Italien diesmal in Lugano stärker als bisher in Genf in Aktion zu treten beabsichtige. Grandis Gespräche mit Briand dienen dieser diplomatischen Initiative. Im Zusammenhang mit den eigentlichen Problemen, die direkt oder indirekt auf der Tagesordnung des Völkerbundrates stehen, bietet sich nahe dem italienischen Boden die beste Gelegenheit, die unerfreulichen Zwischenfälle, die sich an das Urteil gegen den Mörder des Grafen Nardini knüpften, zu liquidieren und dabei den gesamten italienisch-französischen Fragenkomplex durchzusprechen. Das Vertrauen in den glücklichen Ausgang dieser Bemühungen ist gerade jetzt natürlich nicht übermässig gross, aber vielleicht, so hofft das „Lavoro d'Italia", entschliesse sich Briand, doch zu einem Entgegenkommen; Frankreich könne solches in erster Linie in der Tunisfrage beweisen.

AMNESTIE.

Die Entgiftung der Flamenfrage.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Joachim von Bülow.

BRÜSSEL, 10. Dezember.

Die belgische Kammer hat das Gesetz über die Amnestierung der Flamenführer vor ein paar Tagen angenommen Die Zustimmung des Senats und die Unterzeichnung durch den König dürften binnen kurzem erfolgen. Dann werden die soeben in Antwerpen zum Abgeordneten gewählten Dr. Borms, der Präsident des „Rats von Flandern" war, und die übrigen verhafteten Flamenführer freigelassen. Auch können dann die im Auslande lebenden und in Abwesenheit verurteilten Persönlichkeiten nach Belgien zurückkehren. Dennoch ist die Amnestie nur eine halbe, weil sie den Verurteilten nicht ihre bürgerlichen Ehrenrechte wiedergibt. Die Kammer wird darum die Wahl Dr. Borms trotz der Amnestie für ungültig erklären. Um die Bürgerrechte wiederzugewinnen, müssen sich die Amnestierten an eine Regierungskommission wenden und innerhalb einer Ausschlussfrist den Antrag auf Wiedereinsetzung in ihre früheren Rechte stellen. Man kann natürlich noch nicht übersehen, wie diese Regierungskommission zusammengesetzt sein und die ihr verliehenen Rechte handhaben wird. Ausserdem ist die Amnestie auf die politischen Verbrecher beschränkt, und erstreckt sich nicht auf Verurteilungen wegen unpolitischer, aber mit dem Kriege im Zusammenhange stehender Verbrechen. Somit wird die Lösung sowohl im flämischen, als im sozialistischen Lager als unbefriedigend angesehen. Aber es ist, bei der Geschicklichkeit der Belgier in solchen Dingen, wahrscheinlich, dass man die ganze Angelegenheit nunmehr im Sande verlaufen lassen wird. Die Flamenfrage hat durch die Amnestie, trotz der verbleibenden Schönheitsfehler, ihren bisherigen Kampfcharakter verloren, und deshalb kann man sie jetzt wesentlich ruhiger besprechen. Es soll ganz unparteiisch geschehen, wenngleich zu befürchten steht, dass das keine Partei zufriedenstellen wird.

Die Flamenfrage ist uralt. Sie war immer eine Kampffrage. Das Land um die Schelde und Yser, mit reichem Boden, mit blühenden Handelsstädten, war stets das Ziel Gieriger. Naturgemäss waren diese Gierigen die Nachbarn, die zu Lande und schliesslich auch die überm Wasser. Die stärkste Begierde kam von romanischer Seite, Spanien, Frankreich. Dadurch ward die Flandernfrage zur Flamenfrage, zum Rassenstreit. Die Weltgeschichte trennte die Holländer und die Flamen, die Holländer wurden zum grossen Teil protestantisch, die Flamen blieben oder wurden wieder katholisch, die Holländer legten sich quer vor die Schelde, schlossen sie, vernichteten den Handel von Gent und Antwerpen. Die Weltgeschichte schmiedete die Flamen zusammen mit den nächsten romanischen Nachbarn, den Wallonen, die nicht zu Frankreich kamen und, wie sie, zum Deutschen Reich gehörten. Es entstand eine Schicksalsgemeinschaft, in der die beweglicheren Wallonen die Vorhand hatten, trotz der zahlenmässigen Ueberlegenheit der Flamen. Es gab eine französische Kultur, an der die Franzosen teil hatten, es gab keine flämische seit dem Untergang der grossen Städte, es gab wohl eine holländische, aber sie stand nicht auf breiter Basis, Holland wollte wohl Flandern, Flandern aber nicht zu Holland. 1830 gewann diese Entwicklung Gestalt. Belgien ward. Eine Zwangsgründung aus politischer Eifersucht. Aber dieses Kind des Neides gedieh, es wuchs sich zusammen, Der Weltkrieg festigte es. Heute denkt kein Mensch ernsthaft mehr an die Möglichkeit, Belgien zu teilen. Die Amnestie ist das letzte Zeichen dafür, dass sich Belgien stark und einig fühlt.

Die Flamenfrage, so wie sie bis jetzt verstanden wurde, ist zu Ende. Dieses Ende bedeutet keine Niederlage, eher das Gegenteil. Nur wahrhaben wollen das beide Teile nicht. Die Flamenfrage, die schliesslich jeder Flame im Herzen trägt, war immer da, der Aktivismus entstand im Kriege. Er wehrt sich dagegen, dass Deutschland ihn geschaffen habe. Mag sein, dass es nur einen vorhandenen Quellauf anbohrte. Immerhin haben die Aktivisten im Kriege versucht, Deutschland vor ihren Wagen zu spannen, genau wie die deutsche Verwaltung in Belgien die Flamenfrage für ihre Zwecke ausnutzte. Nun gehören ja unzweifelhaft die Flamen zur deutschen Sprachfamilie. Wieviel bei ihnen noch germanischen Blutes ist, bleibe dahingestellt. Schon das jahrhundertelange Konnubium mit den Wallonen bewirkte, dass sie von den Holländern wesentlich unterschieden sind. Das übersehen die extremen Aktivisten geflissentlich, die eine Vereinigung aller niederländisch sprechenden Stämme wollen, die die